

Zwischen Individualisierung und Zusammenhalt – Ein Blick auf die Gesellschaftsentwicklung Ostdeutschlands

Prof. Dr. Heinrich Best

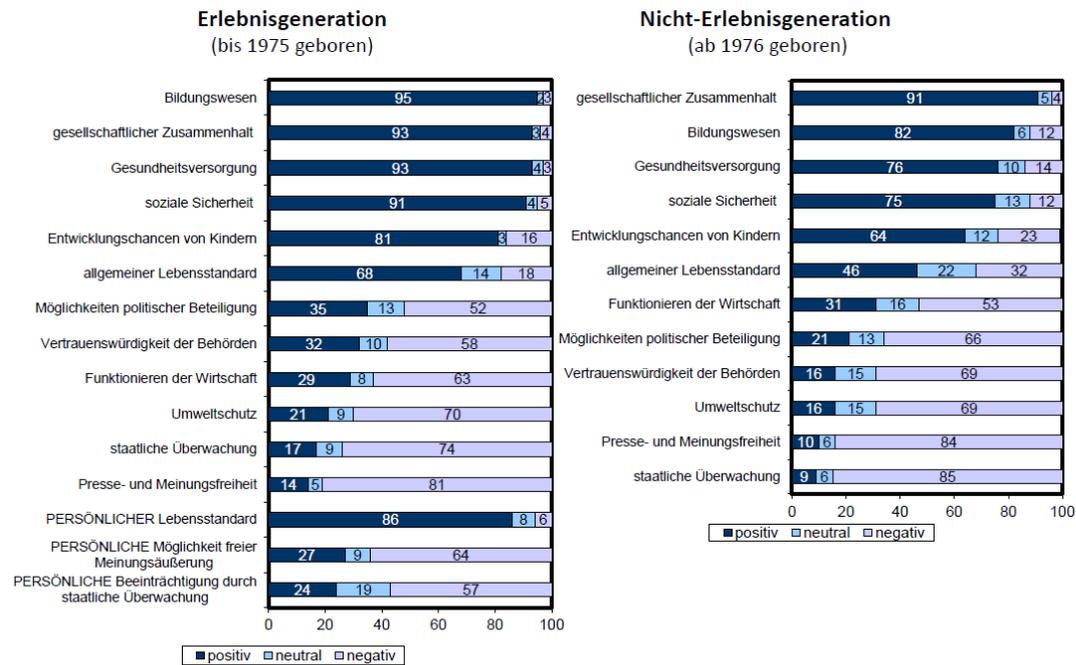
Ich freue mich, den heutigen Morgen mit Ihnen im Schatten der Thomaskirche verbringen zu dürfen, die vor fast genau dreißig Jahren zu einem wichtigen Ausgangs- und Sammelpunkte der friedlichen Revolution und damit zu einem Symbol- und Hoffnungsort der deutschen Demokratieggeschichte wurde.

Ich verneige mich damit nicht nur vor der hiesigen Kirchengemeinde, meinen Gastgebern und vor allem den Menschen, die damals in Leipzig und überall in der DDR den großen Wandel herbeiführten. Meine Einführung ist auch eine Brücke zu dem Thema, über das ich heute zu Ihnen sprechen werde: gesellschaftlicher Zusammenhalt und die diesen aufbrechenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Verbindung zwischen dem Geschehen an diesem Ort im Herbst 1989 und dem Gegenstand meines Vortrags, stellt sich dadurch her, dass das „Wunder“ der friedlichen Revolution von 1989 erklärbar wird durch den Zusammenhalt der Menschen in der DDR. Frühere Befunde unserer Forschung deuten darauf hin, dass dieser „Zusammenhalt“, der ja unter dem Druck der Beobachtung und Repression des Sicherheitsapparats der DDR stand, eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der friedlichen Revolution und die erstaunliche Koordinationsfähigkeit der ja kaum organisierten und zunächst weitgehend führerlosen Freiheitsbewegung des Jahres 1989 war. Der Zusammenhalt war auch so etwas wie eine Lebensversicherung der Menschen, die sich 1989 auf den Straßen und Plätzen der DDR versammelten, denn die Sicherheitskräfte und Angehörigen der Betriebskampfgruppen, an denen die Demonstrationen vorbeizogen, waren ja die Väter, Brüder, Schwäger, Freunde und Kollegen der Demonstranten. Er schützte aber auch die vormals Mächtigen des alten Regimes vor gewalttätigen Übergriffen, als es zusammenbrach. Gewalt gegen Menschen kam kaum vor, auch nicht wenn Stasi-Zentralen gestürmt wurden. Die Rufe: „Keine Gewalt“, „Wir sind das Volk“, aber auch „Wir sind *ein* Volk“ beschworen die Friedenspflicht aller, die zu der großen Zusammenhaltsgemeinschaft der DDR zählten. Richard Schröder hat ja letzthin

daran erinnert, dass auch der Ruf „Wir sind *ein Volk*“ zunächst an die Bevölkerung der DDR und noch nicht auf die Wiedervereinigung gerichtet gewesen war. Der noch heute wundersam erscheinende Umstand, dass ein bis an die Zähne bewaffnetes, auf die leninistischen Prinzipien der gewaltsamen Machterringung und des notfalls gewaltsamen Machterhalts gegründetes Regime (jeder Parteisekretär hatte einen munitierten Revolver im Safe und war einmal jährlich zu Schießübungen verpflichtet), sich so umstandslos auflöste, war auch und – ich denke: vor allem! – der Tatsache geschuldet, dass es seinen Vertretern aussichtslos, ja gefährlich erschien, ihren Sicherheitskräften zu befehlen, auf das eigene Volk zu schießen. Deswegen war, als es klar wurde, dass die Sowjetunion nicht wie 1953 das Regime der SED erhalten würde, das Ende der Parteidiktatur gekommen und bald hatte die Gesellschaft der DDR keinen Staat mehr. Es gehört zu den großen historischen Paradoxien, dass nicht nur in der DDR die homogenen und egalitären gesellschaftlichen Verhältnisse, die die kommunistische Parteiherrschaft hervorgebracht hatte, wesentlich den Sturz eben dieser Parteiherrschaften begünstigten. Es waren keine sozialen Revolutionen, sondern politische Umbrüche, die den Systemwechsel bewirkten, der dann wiederum einen fundamentalen sozialökonomischen Umbruch auslöste.

Meine Einschätzungen zur Bedeutung des gesellschaftlichen „Zusammenhalts“ für eine Systemgeschichte der DDR und des vereinten Deutschland stützen sich auf Forschungen, die meine Mitarbeiter und ich zum einen im Rahmen eines Sonderforschungsbereiches der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu den Transitions- und Transformationsprozessen im (nach-) kommunistischen Mittel- und Osteuropa, zum anderen auf der Grundlage der Thüringen-Monitore durchgeführt haben. Mein heutiger Vortrag verwendet vor allem die letztgenannte Datenquelle.

Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der DDR
(in Prozent, Quelle: TM 2015)

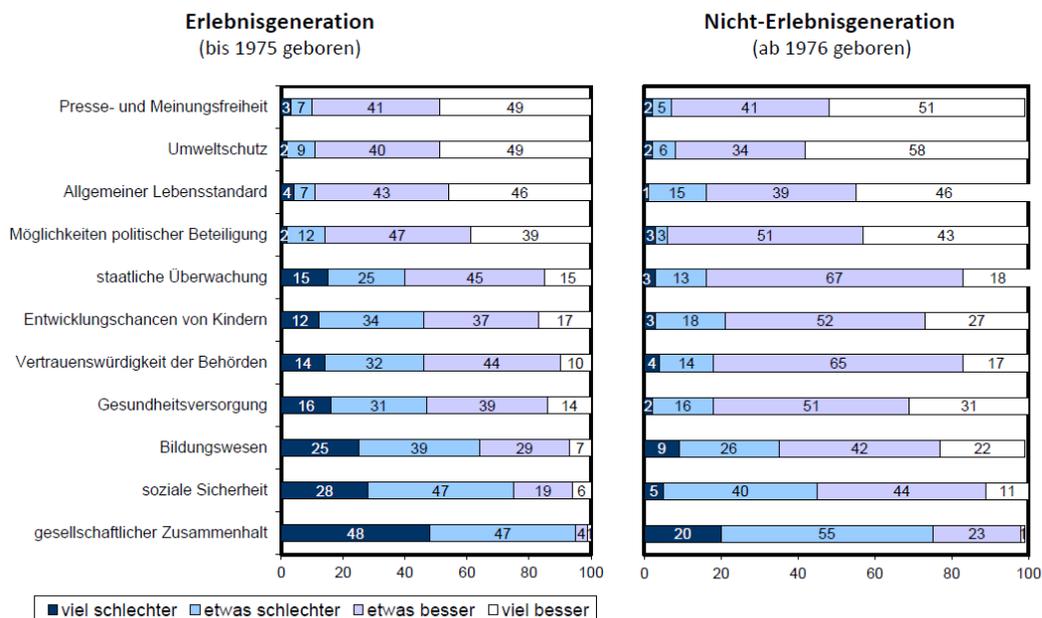


Auch die Grafik, die Sie hier sehen, stammt aus einem Thüringen-Monitor des Jahres 2015, in dem Bewertungen der DDR und der deutschen Einheit 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung das Schwerpunktthema bildete. Wir hatten darin Befragte der sogenannten Erlebnisgeneration der DDR, konkret: diejenigen, die 1990 mindestens 15 Jahre alt waren, danach gefragt, ob sie in der DDR Erfahrungen gemacht hätten, die sie für die heutige Bundesrepublik für wichtig hielten und dann diejenigen, die das bejahten – das waren vier von fünf Befragten – darum gebeten, in freien Worten diese Erfahrungen zu benennen. Das Ergebnis sehen Sie in der Abbildung vor sich, die durch das Wort „Zusammenhalt“ dominiert wird. Bei geschlossener Fragestellung, die nun an alle Befragte gerichtet war, erhielt der „gesellschaftliche Zusammenhalt“ in der DDR die besten Bewertungen von allen genannten Bereichen – 9 von 10 der Befragten stimmten zu, dass der Zusammenhalt zu den Pluspunkten der DDR gehöre. Von den Befragten der Erlebnisgeneration gaben wiederum 95 Prozent (!) an, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt seit der Wende verschlechtert habe, die Hälfte von diesen Befragten meinen sogar viel schlechter. Selbst drei Viertel der Jüngeren ohne prägende DDR-Erfahrungen schätzen den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor der Wende deutlich „besser“ ein als in der Gegenwart. Das überwiegend positive

Gesamturteil über die DDR – positiv von zwei Drittel der Befragten – wurde wesentlich von ihrer positiven Einschätzung des damaligen gesellschaftlichen Zusammenhalts bestimmt.

Dies sind bemerkenswerte Befunde, bemerkenswert deshalb, weil die DDR 2015 von einer Mehrheit von 60 Prozent der Befragten, als „Unrechtsstaat“ wahrgenommen wurde, wobei fast ein Viertel der Befragten aus der Erlebnisgeneration angab, persönlich von staatlicher Willkür und Benachteiligung betroffen gewesen zu sein und die Hälfte angab, direkt oder indirekt über Familienangehörige, Freunde oder Bekannte von staatlicher Willkür und Benachteiligung betroffen gewesen zu sein.

Vergleich der heutigen Lage in Thüringen mit der Zeit vor der Wende
(in Prozent, Quelle: TM 2015)



Wiederum fast die Hälfte der Erlebnisgeneration gab an, an Montagsdemonstrationen oder Friedengebeten teilgenommen zu haben. Auch von diesen Befragten, sehr verkürzt gesagt: von Opfern und Oppositionellen, wurde der gesellschaftliche Zusammenhalt in der DDR fast durchweg positiv bewertet.

Was wir hier sehen, ist das Ergebnis einer Teilung des Erfahrungshorizonts und der Bewertungskriterien für die DDR in die Sphären von System und Lebenswelt. Dem „System“ lässt sich das Regime der Parteidiktatur mit seinen Ansprüchen, oktroyierten Weltbildern, Sanktionen und Belohnungen zurechnen, das durchaus in

gesellschaftliche Tiefe wirkte und Bedingungen und Rahmungen für die „Lebenswelt“ setzte, die wiederum in manchen Aspekten eine Gegenwelt war, in der private Bindungen und Solidaritäten neben den systemischen Anforderungen und Zumutungen existierten. Hier galten eigene Regeln und Praktiken, die das „System“ unterliefen, es aber auch alltagstauglich und erträglich machten. Auch Westkontakte spielten dabei eine Rolle. Der westdeutsche Publizist und erste Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, Günter Gaus, hat diese Struktur einmal als eine „Nischengesellschaft“ beschrieben. Das trifft den Sachverhalt allerdings nicht vollständig bzw. nur dann, wenn man dabei mitdenkt, dass sich diese gesellschaftlichen „Nischen“ zu einem großen, die ganze DDR umfassenden Netzwerk verbanden und über viele Kontakte auch mit dem Westen Deutschlands verbunden waren. Nur so lässt sich erklären, was 1989/1990 in der DDR und dann in ganz Deutschland geschah.

Wenn ich hier auch den Westen Deutschlands in den Blick nehme und einen „Zusammenhalt“ unterstelle, der über den Todesstreifen hinaus reichte, dann nehme ich Bezug auf eine Untersuchung, die ich 1987 drei Jahre vor der deutschen Wiedervereinigung auf der Grundlage des innerdeutschen Postverkehrs durchgeführt habe. Dabei zeigte sich, dass die Kommunikationsmuster zwischen den beiden deutschen Staaten deutlich von denen im sonstigen zwischenstaatlichen Verkehr abwichen und eher solchen entsprachen, die innerhalb einer Gesellschaft beobachtet werden können. Das gilt insbesondere auch für den Austausch von Paketen und Päckchen, die millionenfach und über Jahrzehnte hinweg in stetigem Fluss von West nach Ost, aber auch von Ost nach West hin und her gesandt wurden. Dies war ein starker Hinweis darauf, dass die Solidarität und Solidaritätsnormen, die dem Zusammenhalt zugrunde liegen, über die Lebenswelt der DDR hinausreichten, was wiederum erklärt, warum der Wunsch nach Wiedervereinigung so schnell und wirkungsmächtig zu einer Grundwelle werden konnte, die in weniger als einem Jahr die martialische Staatlichkeit der DDR hinwegfegte. Was blieb war eine ostdeutsche Teilgesellschaft im vereinten Deutschland, die nun einem hohen Integrations- und Anpassungsdruck ausgesetzt war, der ihren Zusammenhalt auf eine harte Probe stellte.

Ich möchte nun an dieser Stelle etwas nachholen, was ich an den Anfang gestellt hätte, wenn dies eine Vorlesung und kein Vortrag gewesen wäre: eine Antwort auf die Fragen, was eigentlich „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ist, wie er zustande kommt und welche Folgen er hat. Da dies Kernfragen der Soziologie und ihrer Vorläufer sind, die seit Jahrhunderten gestellt und beantwortet werden, könnte ich Sie nun des Rest des Tages mit Antworten traktieren. Das will ich Ihnen nicht zumuten und mich auf eine Minimalversion beschränken, die eine sehr persönliche Auswahl darstellt: Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und wirkt nur dann, wenn eine Anzahl von Menschen ihr soziales Handeln auf Dauer aufeinander einstellt und aneinander orientiert. Dies ist zumeist interessengeleitet, indem man „gemeinsame Sache macht“, doch reichen Interessen nicht aus, um einen Zusammenhalt, der über bloße Kooperation hinausgeht, zu gewährleisten. Sie sind partial und zu ephemere. Um Zusammenhalt auf Dauer zu stellen, bedarf es gemeinsamer Normen und eines Bewusstseins der Zusammengehörigkeit, einer kollektiven Identität. Normen, die Zusammenhalt konstituieren, sind im Kern Solidaritätsnormen, die festlegen, welche Unterstützung wem unter welchen Bedingungen geleistet wird. Die kollektive Identität legt fest, wer zu dieser Zusammenhaltsgemeinschaft dazugehört und wer nicht, welche Eigenschaften diese Zugehörigkeit konstituieren. Solidarität, das Gefühl dazuzugehören und zu wissen, wie sich der andere in bestimmten Situationen verhalten wird – das alles sind die Lichtseiten des sozialen Zusammenhalts. Ohne sie kann keine menschliche Gesellschaft Bestand haben, ohne sie wären wir orientierungslos in einem Kampf aller gegen alle verloren.

Die Lichtseite hat aber auch eine Schattenseite. Sozialer Zusammenhalt schafft ein insider-outsider-Gefälle, ein Differential zwischen denen, die dazugehören und denen, die nicht dazugehören – entweder, weil sie nicht wollen oder weil sie nicht können. Solidaritätsnormen sind eben keine allgemeinen Humanitätsnormen, sie schließen ein und zugleich aus. Sie konstituieren „gruppenbezogene Menschenfreundlichkeit“, um einen Ihnen sicher geläufigen Begriff zu variieren. Christen, die allgemeinen Humanitätsnormen verpflichtet sind, werden durch Solidaritätsnormen vor ein Dilemma gestellt. Das werden manche von Ihnen auch schon einmal erfahren haben. Es zerreißt gerade auch einige Parteien. Unter dieser

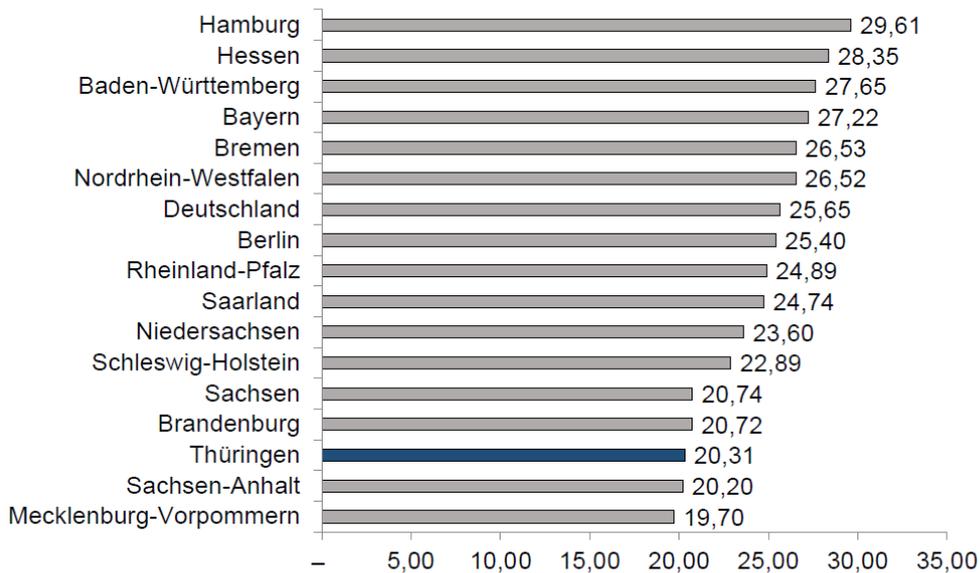
Perspektive werde ich nun den zweiten Teil meines Vortrags abhandeln, der der Frage nachgeht: was geschah mit dem Zusammenhalt der DDR-Gesellschaft nach dem Ende der DDR?

Zusammenhalt steht in einer kulturell pluralen und in großer Amplitude geschichteten, damit also inhomogenen und inegalitären gesellschaftlicher Umgebung unter erheblichem Druck. Die ostdeutsche Gesellschaft wird auch nicht mehr durch Mauer und Stacheldraht zusammengehalten und durch die Macht- und Repressionsapparate einer Parteidiktatur zwangsintegriert. Auch sind gesellschaftliche Institutionen verschwunden oder fundamental transformiert worden, die Kristallisationskerne und Plattformen sozialen Zusammenhalts bildeten. Dies gilt insbesondere für die Arbeitswelt der DDR, deren Großbetriebe wichtige institutionelle Bezugspunkte ihrer Lebenswelt(en) bildeten. Sie verschwanden 1990, und zugleich schied ein großer Teil der Bevölkerung aus der Arbeitswelt aus. Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass solche Veränderungen heftige gesellschaftliche Verwerfungen und Prozesse sozialer Desintegration bewirken. Dennoch gilt, dass mit der DDR nicht auch die DDR-Gesellschaft verschwand, sondern dass sie als ‚Sondertatbestand‘ und unverändert an die neue repräsentativdemokratisch-privatwirtschaftliche Institutionenordnung bis in die Gegenwart überdauert. So bilden die ostdeutschen Bundesländer im Hinblick auf die Bruttolöhne, die Gini-Koeffizienten des Nettoäquivalenzeinkommens – einem etablierten Maß der Einkommensungleichheit – und dem Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationsanteil noch immer die Schlusslichter im deutschen Ländervergleich. Nivellierung nach unten und ethnokulturelle Einfarbigkeit – das sind Strukturmerkmale des Ostens, die auf eine nun 30 Jahre zurückliegende realsozialistische Vergangenheit verweisen. Tatsächlich wirkte die Gesellschaft Ostdeutschlands in den meisten Regionen wie eingefroren: so waren gemäß unserer letztjährigen Untersuchung 80 Prozent der Befragten eingesessene

Thüringer und 93 Prozent im Osten Deutschlands aufgewachsen.

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde im Ländervergleich 2016

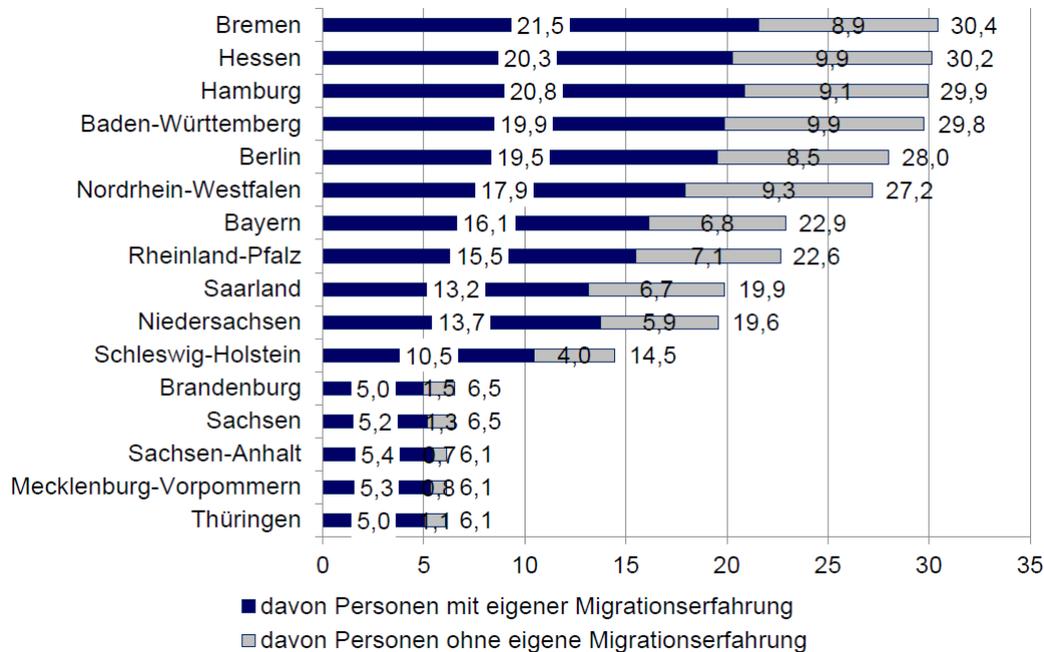
(in Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Personen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern 2016

(in Prozent)



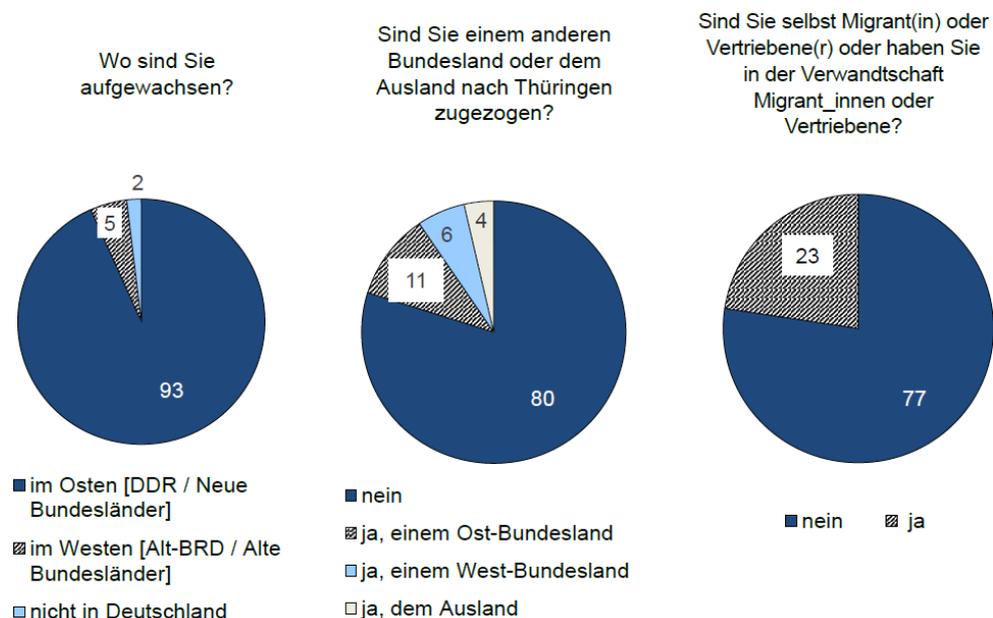
Quelle: Statistisches Bundesamt

Wenn es eine Migrationsgeschichte in der Familie gibt, dann liegt sie zumeist sehr lange Zeit zurück und bezieht sich auf Flucht und Umsiedelung in den Kriegs- und

Nachkriegsjahren. Das heißt: der weitaus größte Teil der Thüringer und Thüringerinnen lebt in der Nähe ihrer Familienmitglieder, Jugendfreunde und Menschen, mit denen sie aufgewachsen sind. Wandel vollzieht sich als Entleerung des Raumes: Infolge seines Sterbeüberschusses und seines zumeist negativen Wanderungssaldos hat Thüringen z.B. seit 1990 rund ein Fünftel seiner Einwohner verloren.

Herkunft und Migrationsgeschichte

(in Prozent, Quelle: TM 2018)



Was sind die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt dieser wiederum zu einer Aufklärung dessen bei, was uns vor allem bewegt, wenn wir heute auf Ostdeutschland blicken: die Verbreitung ethnozentrischer – vulgo fremdenfeindlicher – Einstellungen. Wir konnten einige Antworten auf diese Fragen in unserem letztjährigen Thüringen-Monitor geben, der das Schwerpunktthema ‚Heimat‘ hatte. Dieses Thema ist auf unverkennbare Weise mit dem Thema sozialer Zusammenhalt verbunden, denn Heimatbewusstsein verweist auf die Identifikationen mit Kollektiven, denen sich Menschen zugehörig fühlen und damit auf die Gefühle und Wahrnehmungen, die große Gruppen zusammenhalten.

Wordcloud: Woran denken Sie als Erstes, wenn Sie das Wort „Heimat“ hören?
 (häufigste Wortnennungen sind am größten abgebildet; die Anordnung der Begriffe bzw. ihre Lage in der Grafik ist allerdings OHNE Bedeutung)

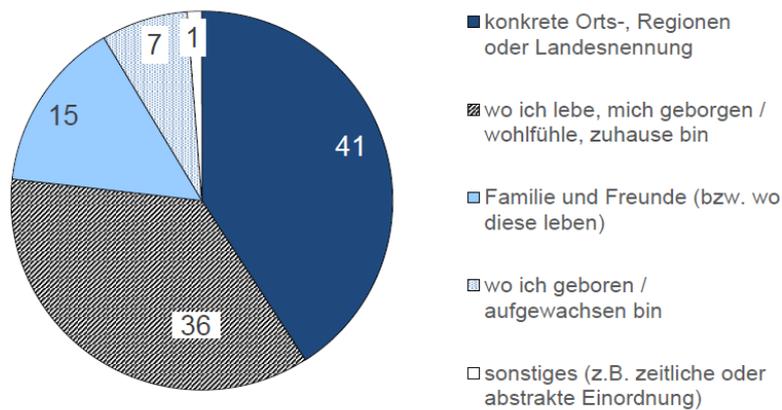


(Quelle: TM 2018)

„Heimat“ – das ist ein emotional besetztes und öffentlich umstrittenes Thema – mit einer langen und bis in die Gegenwart reichenden Geschichte des politischen Gebrauchs und zweifelsohne auch Missbrauchs. Es signalisiert – mit positiver Gefühlsbesetzung – Zugehörigkeit, Vertrautheit und Selbstgewissheit. Auf der anderen Seite wird – mit negativer Konnotation – Heimat mit Enge, Ausgrenzung und Rückzug verbunden. Der sanften und warmen „Heimatliebe“ steht dann ein martialischer „Heimatschutz“ gegenüber. Auch in den öffentlichen Debatten über gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigt sich diese Ambivalenz. Sie prägt sich scharf in der Frage aus, wie auf die Fluchtmigration und die demographische Schrumpfung angemessen zu reagieren sei. Wir haben im diesjährigen Thüringen-Monitor nun diese Kontroversen nicht als Rahmung vorgegeben, sondern die Thüringer Bürgerinnen und Bürger in zwei Teilstichproben offen danach gefragt, was für Sie persönlich ihre Heimat ist und woran sie als erstes denken, wenn sie das Wort Heimat hören. Wir haben – und das ist ein sehr wichtiger Befund für sich – von fast allen Beteiligten eine einschlägige Antwort erhalten. Das ist bei offenen Fragen ungewöhnlich.

Was ist für Sie persönlich Ihre „Heimat“?

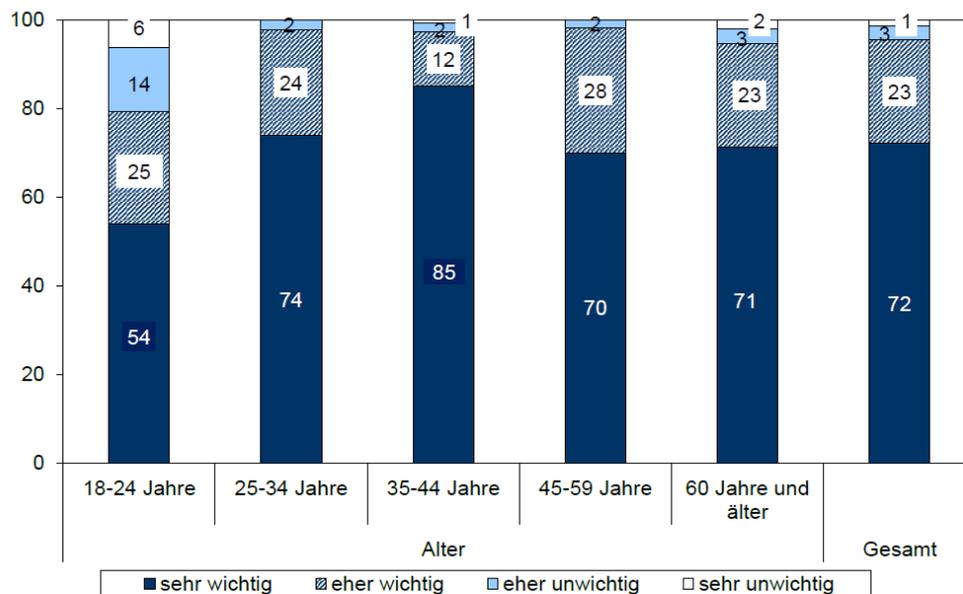
(in Prozent, Kategorisierung der offenen Nennungen)



(Quelle: TM 2018)

Für die Befragten ist Heimat kein Problem, sondern eine fast durchweg positiv bewertete Grundtatsache ihres Lebens, auch und vor allem ihres Zusammenlebens mit Anderen. Sie verleiht Vertrautheit, Selbstgewissheit und das Gefühl der Zugehörigkeit zu Gemeinschaften mit Anderen: also Zusammenhalt! Geradezu konstitutiv für die mit dem „Heimat“ verbundenen Assoziationen und Identifikatoren ist die Verbindung von bestimmten, manchmal auch unbestimmten „Sehnsuchtsorten“ mit Sozialbezügen und Menschengemeinschaften, denen man gleichberechtigt angehört, denen man Solidarität schuldet und von denen man Solidarität erwarten kann. Wir haben es hier mit einer Universalie zu tun, die die Gesellschaft Thüringens zusammenhält: Für 96 Prozent der Befragten ist Heimat eher oder sehr wichtig. Das ist mehr als im Bundesdurchschnitt. Sie bekennen sich damit zu einer gefühlsbetonten Vergemeinschaftung, die sich von einer funktional und rational bestimmten Vergesellschaftung abgrenzt.

Wie wichtig ist für Sie Ihre „Heimat“? (in Prozent)

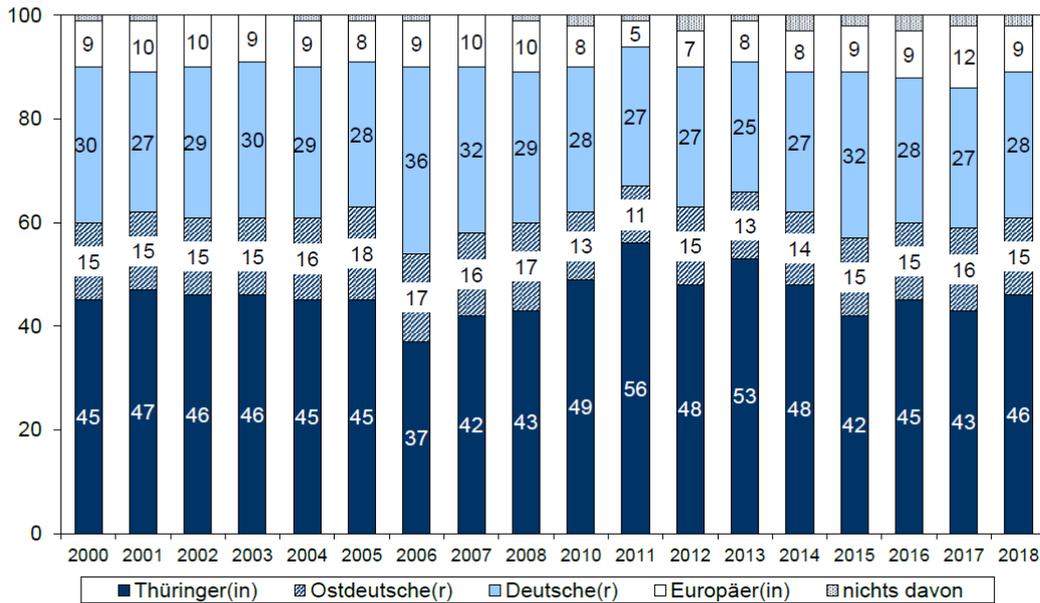


(Quelle: TM 2018)

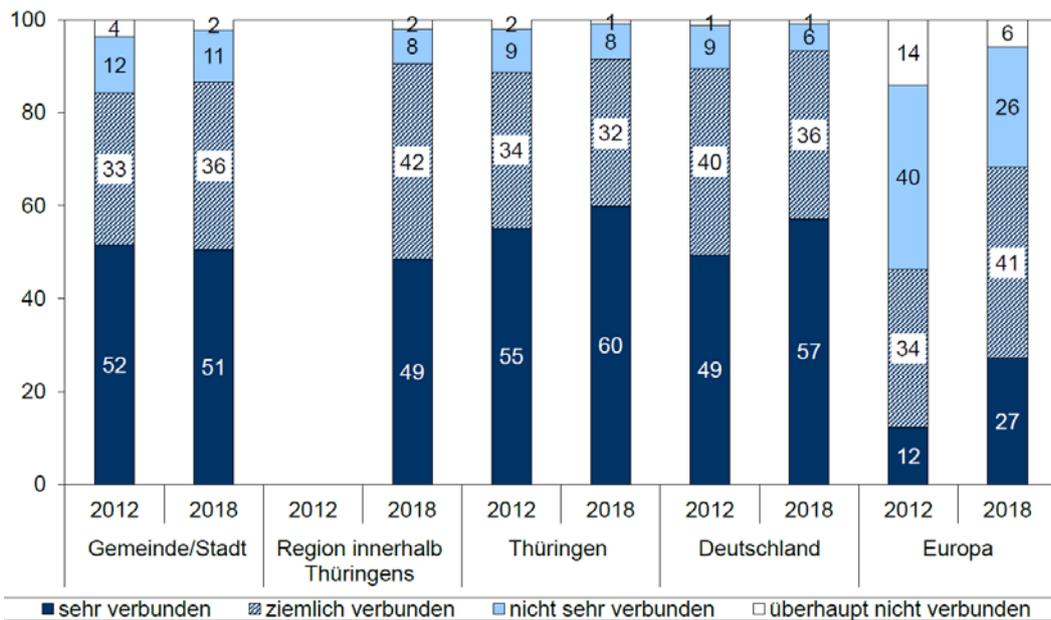
Das ist natürlich ein für die politische Kultur des Landes und damit auch für die Landespolitik relevanter Sachverhalt. Das gilt umso mehr als sich seit Beginn der Messreihe des Thüringen-Monitors eine relative Mehrheit der Befragten als Thüringer identifiziert, dann erst, mit weitem Abstand und in dieser Reihenfolge als Deutsche, Ostdeutsche und Europäer. Diese Identifikationen sind aber nicht exklusiv, sondern sie ergänzen sich und stärken sich wechselseitig. Menschen können mehrere Heimaten haben, die wie die „Puppe in der Puppe“ ineinander verschachtelt sind. Das zeigt sich, wenn wir nach der Verbundenheit mit der Gemeinde über die Ebenen hinweg bis zur Verbundenheit mit Deutschland fragen: allen diesen Ebenen fühlen sich die Befragten mit überwältigender Mehrheit oft sehr oder ziemlich verbunden. Und: diese Bindungen sind über alle Ebenen hinweg positiv miteinander verknüpft. Das heißt: wer sich stark an Thüringen gebunden fühlt, stärkt auch seine Verbundenheit mit Deutschland. Bindungen schaffen also Bindungen! Das gilt auch für die Verbundenheit mit Europa, die Teil einer Bindungskette ist, die auf der Ebene der Gemeinde ansetzt.

Identifikation 2000–2018
(in Prozent; Quelle: TM 2018)

Fühlen Sie sich *in erster Linie* als Thüringer(in), als Ostdeutsche(r), als Deutsche(r) oder als Europäer(in)?



Verbundenheit mit Gemeinde, Region, Thüringen, Deutschland und Europa 2012, 2018
(in Prozent; Quelle: TM 2018)



Statistische Zusammenhänge der „Verbundenheit mit...“

(Korrelationsmatrix der z-transformierten Variablen)

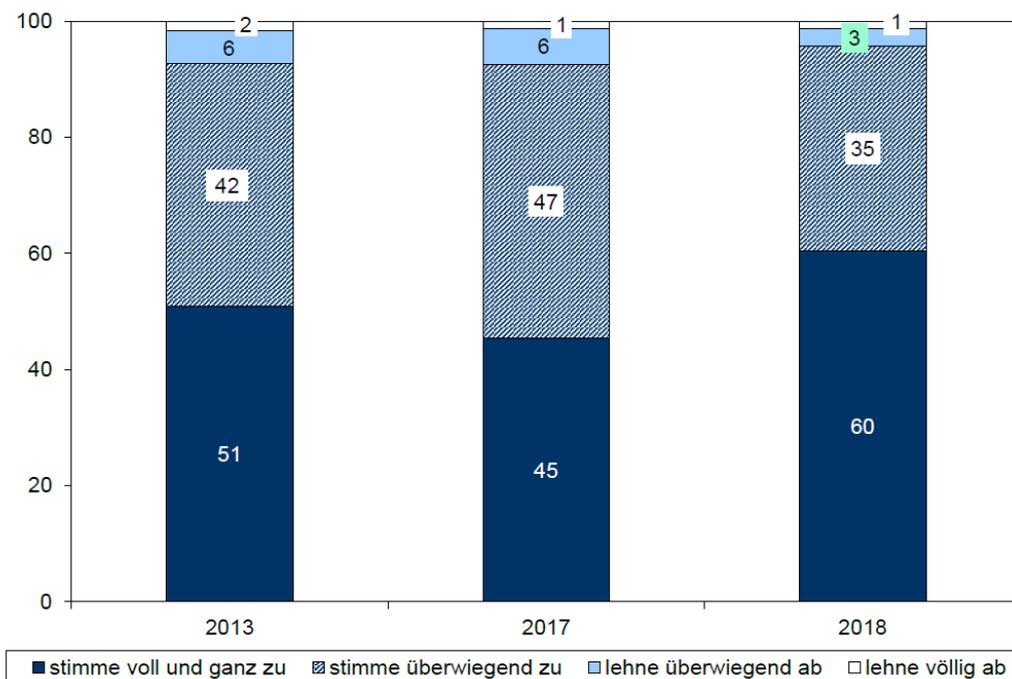
	Gemeinde/ Stadt/Ort	Region innerhalb Thüringens	Thüringen	Deutschland	Europa
Gemeinde/Stadt/Ort		0,632	0,410	0,222	0,105
Region innerhalb Thüringens	0,632		0,552	0,237	0,100
Thüringen	0,410	0,552		0,442	0,178
Deutschland	0,222	0,237	0,442		0,343
Europa	0,105	0,100	0,178	0,343	

Anmerkung: Alle Korrelationen (Pearson's r) sind höchst signifikant (Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$).

Zwar ist die Bindung an Europa schwächer ausgeprägt als an die anderen Identifikationsebenen, doch hat sie geradezu dramatisch gegenüber 2012 zugenommen. Inzwischen fühlen sich 68 Prozent der Befragten stark oder ziemlich stark mit Europa verbunden.

In der Gesamtschau zeichnet unsere Untersuchung das Bild einer hochintegrierten Regionalgesellschaft. Das hat, wie ich gezeigt habe, auch sozialstrukturell solide Grundlagen. Die meisten Thüringer leben in ihrer Wunschgesellschaft: homogen, egalitär und durch eine starke kollektive Identität geprägt. Das drückt sich auch in einer geringen Fortzugsneigung aus: 78 Prozent der Befragten wollen sicher in Thüringen bleiben und nur 7 Prozent sicher oder wahrscheinlich fortziehen. Seit 2006 hat sich die Bleibebereitschaft markant erhöht, was nach unseren Befunden auch der Verbesserung der Wirtschaftssituation im Lande geschuldet ist.

„Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.“ (in Prozent; Quelle: TM 2018)



Die Lebenszufriedenheit ist insgesamt hoch, 60 Prozent der Thüringer sind mit ihrem Leben „voll und ganz“ zufrieden und nur 4 Prozent zeigen sich unzufrieden. Überwiegende Zufriedenheit, allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen Wohnregionen und Wohnlagen, gibt es auch mit Blick auf öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen. Insgesamt sehen wir weit überwiegend positive und sich im Zeitverlauf verbessernde Einschätzungen, die die Menschen in Thüringen von ihrer Lebenssituation und der Situation im Lande haben, die durch objektive Strukturdaten unterlegt sind. Sie sind zufrieden mit ihrer Heimat Thüringen und wollen, dass sie bleibt, wie sie ist.

Alles bestens also? Offenkundig nicht. Hauptspielverderberin ist immer noch und wieder die Fluchtmigration und ihre Bewältigung. Anders als erhofft ist selbst eine hochintegrierte und wirtschaftlich florierende Gesellschaft wie die Thüringens kein günstiges Milieu für eine Aufnahme und Integration Geflüchteter und Schutzsuchender.

Aussagen zu Migrant_innen und Asylsuchenden 2014–2018

(Zustimmung in Prozent; „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst)

	2018	2017	2016	2015	2014
Migrant_innenfeindlichkeit					
„Die <u>Bundesrepublik</u> ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	58	53	52	51	48
„ <u>Thüringen</u> ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	36		23		25*
„ <u>Meine Wohnumgebung</u> ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	11		7		7*
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	49	44	37	40	36
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	25	22	17	22	18
Ablehnung von Asylbewerber_innen, Einstellung zu Asyl und Integration					
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	58	54	56	55	
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ (Vorgelesene Aussage sinngemäß invertiert)	85	83	73	70	71
„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“	64		58		
„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“	74		66		
„Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“	97		96		
„Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“	48		51		53**

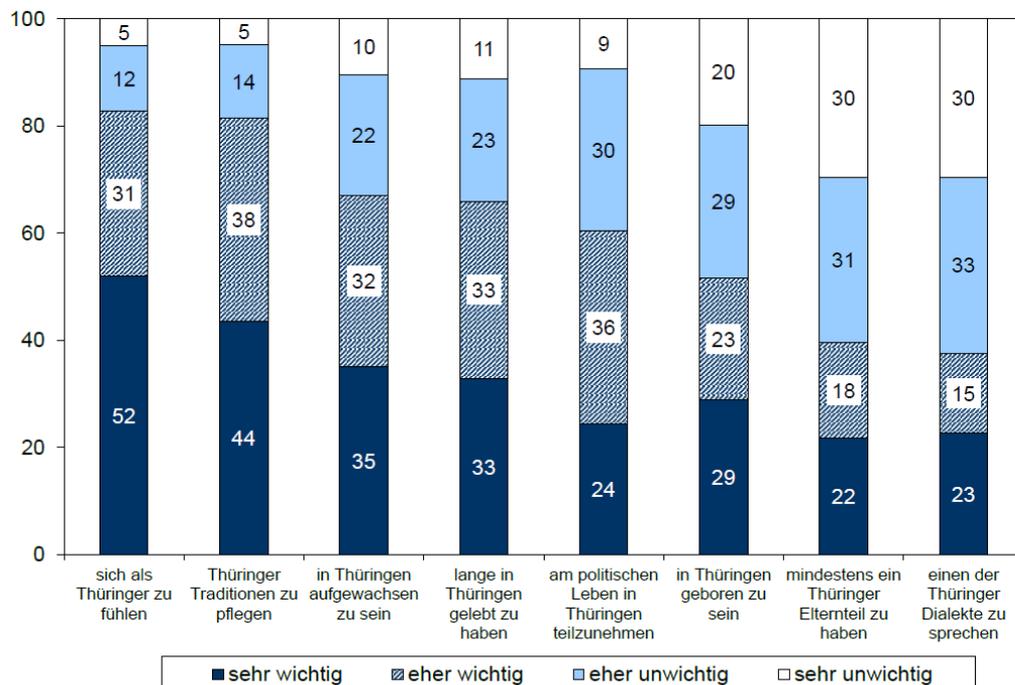
* 2013 ** 2012

Praktisch alle Indikatoren, die wir im Thüringen-Monitor mit Blick auf Ressentiments gegen Ausländer und speziell Fluchtmigranten verwendet haben, weisen eine zunehmende Verhärtung und Ablehnung auf – der Anteil der Befragten, die Deutschland für gefährlich überfremdet halten, ist von 42 Prozent 2013 auf 58 Prozent 2018 gestiegen und damit wieder auf einem Niveau, wie zu Anfang des Jahrhunderts, der Anteil derer, die Thüringen – das Bundesland, das mit Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern den geringsten Ausländeranteil Deutschlands aufweist – für „gefährlich überfremdet“ halten (man braucht hier ja hier nicht einmal über die Zahl der zugezogenen Wessis besorgt zu sein!) ist auf 36 Prozent gestiegen, 49 Prozent meinen, dass „Ausländer nur hierher kommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ – ein Anstieg von 36 Prozent im Jahr 2014, der Anteil derer, die fordern, dass der Staat bei der Prüfung von Asylanträgen nicht großzügig sein sollte, ist von 70 Prozent 2015 auf nunmehr 85 Prozent gestiegen, der Anteil derjenigen, die fordern, dass „alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren“ sollen, „wenn Krieg und Verfolgung beendet sind“, ist auf 74 Prozent gestiegen, nach 66 Prozent 2014, 58 Prozent meinen, dass die meisten Asylsuchenden nicht wirklich befürchten, in ihrem Heimatland verfolgt

zu werden, 64 Prozent, dass die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden „aufgrund ihrer Kultur in Deutschland gar nicht integrierbar sind“, nach 58 Prozent im Jahr 2016. Das sind mit Blick auf das Politikziel einer Integration der Fluchtmigranten unerfreuliche Befunde und Entwicklungen. Sie sind besonders bedenklich angesichts der relativ kleinen und tendenziell weiter sinkenden Zahl Geflüchteter im Land und dem Umstand, dass die Integrationsbemühungen erheblich sind.

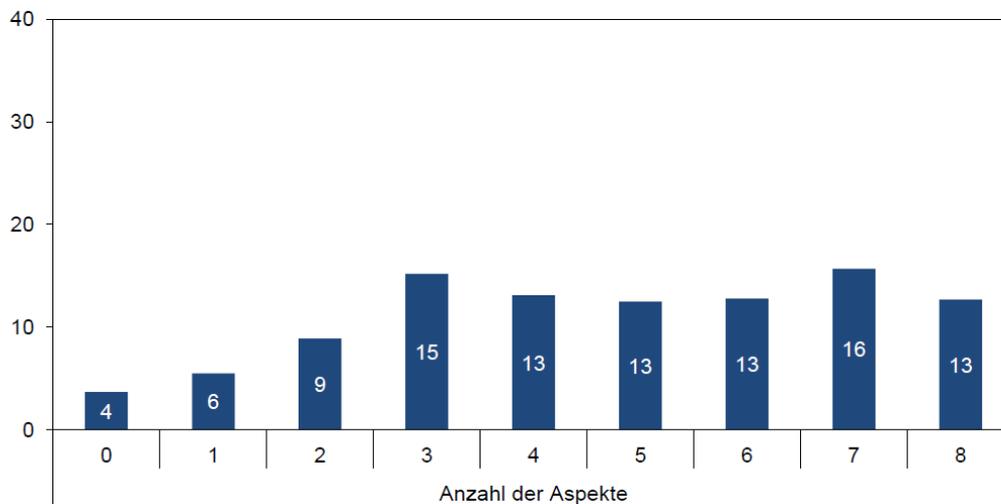
Thüringer_in sein: Wichtigkeit verschiedener Kriterien

(in Prozent, Quelle: TM 2018)



Vor allem beunruhigt und befremdet aber, dass die von uns beobachtete Sozialintegration der Befragten ein Integrationshindernis für Fremde bedeutet. So ist es eine Schattenseite ihrer hohen Identifikation mit Thüringen, dass die Befragten hohe und für Außenstehende schwer überwindbare Schwellen für eine Aufnahme in die Regionalgesellschaft errichten. Zwei von drei Befragten nennen mindestens 4 bis 8 Kriterien, die eine Person als Thüringer oder

**Anzahl der als (sehr) wichtig beurteilten Kriterien dafür,
Thüringer_in zu sein**
(in Prozent; Quelle: TM 2018)



Thüringerin qualifizieren sollen. Das ist ein Test, den man als Zuwanderer schon dann nicht bestehen kann, wenn es gilt in Thüringen aufgewachsen zu sein (was ja auf mehr als 80 Prozent der Befragten zutrifft). Je enger das Thüringer-Sein definiert wird, desto ablehnender sind die Positionen gegenüber Ausländern und Asylsuchenden, desto ausgeprägter ist auch der Ethnozentrismus. Wenn es zutrifft, dass auch in den übrigen ostdeutschen Ländern auf ähnliche Weise geschlossene Gesellschaften bestehen oder nach Jahrzehnten der demografischen Schrumpfung und der Abwanderung entstanden sind, wäre dies – neben dem Empfinden, dass Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, der Ostdeprivation also – eine weitere Erklärung dafür, warum im Osten ethnozentrische Positionen so viel weiter verbreitet sind, als in den Wachstums- und Zuwanderergesellschaften des Westens.

Zustimmung zu verschiedenen Aussagen nach Anzahl der als (sehr) wichtig beurteilten Kriterien dafür, Thüringer_in zu sein
(in Prozent, „stimme voll und ganz zu“ / „stimme eher zu“ zusammengefasst)

Anzahl der (sehr) wichtigen Kriterien	„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“	„Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	„Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.“
0 bis 2	67	21	7	57
3 bis 6	72	30	22	56
7 bis 8	82	55	41	55
<i>gesamt</i>	74	36	25	55
<i>Kendall's tau c</i>	0,115***	0,255***	0,247***	-0,009 n.s.

Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

(Quelle: TM 2018)

Gibt es Wege aus diesem Dilemma? Ich kann sie hier nur andeuten. Zum einen sind die Empfindungen gegenüber Flüchtlingen bei den Befragten, die ihnen häufig oder gelegentlich begegnen, noch immer weit überwiegend positiv. Es gibt also immer noch ein Grundempfinden der Mitmenschlichkeit, das nachweisbar einen dämpfenden Effekt auf die gegen Immigranten gerichteten Ressentiments hat. Auch bejaht noch immer eine Mehrheit der Befragten die Aussage, dass wir uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen müssen, und zwar überraschenderweise auch dann, wenn die Befragten ihre Regionalgesellschaft als eine geschlossene Gesellschaft auffassen.

Das heißt: es gibt immer noch die Ambivalenzen, die gemischten Gefühle, die als Türöffner zu ihrer Regionalgesellschaft dienen können. Auch hat die Bindung an Europa, die ja makant zugenommen hat, einen dämpfenden Effekt auf fremdenfeindliche Gefühle. Und schließlich sind 60 Prozent der Befragten dafür, gezielt Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben. Das heißt: der Appell an Gefühle und den Verstand kann durchaus dazu beitragen, die Tendenz zur Schließung der Regionalgesellschaft zu überwinden. Wir sollten uns aber auch darüber klar sein, dass Ambivalenzen – also gemischte Gefühle - das beste sind, was wir haben und erwarten dürfen (wenn wir einmal eine „Wertelite“ ausnehmen, zu der

wahrscheinlich ein großer Teil der hier Versammelten gehört). Eine vorbehaltlos empathische ‚Willkommenskultur‘ als Mehrheitsphänomen gibt es in den meisten Regionen Ostdeutschlands nicht und wird es nie geben.